

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 75. und 76. Ratssitzung vom 13. Juli 2011

1569. 2011/168 Weisung vom 25.05.2011: Zusatzkredite I. Serie 2011

Antrag des Stadtrats:

- A. Für das Jahr 2011 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

1. Zusatzkredite		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	450 000	0	450 000
15	Präsidialdepartement	51 200	0	51 200
20	Finanzdepartement	1 533 800	0	1 533 800
25	Polizeidepartement	3 755 000	1 919 000	5 674 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	394 800	0	394 800
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	409 000	0	409 000
40	Hochbaudepartement	2 575 000	0	2 575 000
45	Departement der Industriellen Betriebe	0	10 240 000	10 240 000
50	Schul- und Sportdepartement	11 085 000	0	11 085 000
55	Sozialdepartement	1 102 400	1 000 000	2 102 400
Total Verwaltungsrechnung		21 356 200	13 159 000	34 515 200

2. Kreditübertragungen		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	1 628 000 -1 531 900	0 0	1 628 000 -1 531 900
15	Präsidialdepartement	975 000 -1 032 900	0 0	975 000 -1 032 900
20	Finanzdepartement	0 -38 200	0 0	0 -38 200
25	Polizeidepartement	195 000 -195 000	0 0	195 000 -195 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	232 900 -232 900	0 0	232 900 -232 900
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	314 000 -314 000	0 0	314 000 -314 000
40	Hochbaudepartement	65 000 -65 000	500 000 -500 000	565 000 -565 000

45	Departement der Industriellen Betriebe	0 0	15 000 000 -15 000 000	15 000 000 -15 000 000
50	Schul- und Sportdepartement	380 100 -380 100	0 0	380 100 -380 100
55	Sozialdepartement	275 600 -275 600	0 0	275 600 -275 600
Total Verwaltungsrechnung		4 065 600 -4 065 600	15 500 000 -15 500 000	19 565 600 -19 565 600

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Fr.	Fr.	Fr.
a) in der Laufenden Rechnung			
- den Zusatzkrediten von	21 356 200		
- den Kreditübertragungen von	4 065 600	25 421 800	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- durch verursachte Minderaufwendungen aus den die Kreditübertragungen von	4 065 600		
- durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus den Zusatzkrediten von	1 761 100	<u>5 826 700</u>	
sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von			19 595 100
b) in der Investitionsrechnung			
- den Zusatzkrediten von	13 159 000		
- den Kreditübertragungen von	15 500 000	28 659 000	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- verursachte Minderausgaben durch die Kreditübertragungen von	15 500 000		
- durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	0	<u>15 500 000</u>	
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von			13 159 000
und somit die gesamtstädtische Rechnung insgesamt belastet wird mit netto			32 754 100

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite I. Serie 2011 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK) zu genehmigen:

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die RPK hat die vorliegende Weisung ausführlich geprüft. Alle Rückfragen an die Verwaltung wurden zur vollsten Zufriedenheit beantwortet. Die Mehr-

heit der RPK beantragt aus diesem Grund Zustimmung zur Weisung.

Theo Hauri (SVP): Die Minderheit lehnt die Weisung ab und führt ihre Gründe jeweils in der Detailberatung an.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Anträge 1) bis 3)

Monika Erfigen (SVP): Aufgrund des tragischen Falls Bonstetten vor gut einem Jahr, erhielten die Vormundschaftsbehörden von der Justizdirektion ein Kreisschreiben. Darin wurden sie aufgefordert, vor Obhut- oder Besuchsrechtsentscheiden zwingend eine gutachterliche Abklärung über das Gefährdungspotenzial eines Elternteils für dessen Kind anzuordnen. Zudem wurden allfällige Kindsvertretungen verlangt, sollte es in solchen Fällen zu einem Verfahren kommen. Da die Vormundschaftsbehörden jedoch nicht erst seit dem Fall Bonstetten ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen, ist die Summe überrissen, die der STR für diese neu angeordneten Abklärungen verlangt. Wir fordern die Halbierung des entsprechenden Zusatzkredits.

Rebekka Wyler (SP): Es geht in diesem Fall nicht nur um die Bezahlung unabhängiger GutachterInnen, sondern auch um interne Supervisionen, um spezielle Aus- und Weiterbildungen. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass der Zusatzkredit gut begründet ist und bittet darum, dem Antrag des Stadtrats Folge zu leisten.

S. 2	10 1030 3091 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Vormundschaftsbehörde Aus- und Weiterbildung des Personals		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	20 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	10 000	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)
	Verbesserung	10 000		
	Begründung	Gemäss Kreisschreiben des Kantons Zürich sind zu hohe Beträge vorgesehen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 2	10 1030 3180 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Vormundschaftsbehörde Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	260 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	130 000	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)
	Verbesserung	130 000		
	Begründung	Gemäss Kreisschreiben des Kantons Zürich sind zu hohe Beträge vorgesehen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 2	10 1030 3186 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Vormundschaftsbehörde Entschädigungen für DL Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	25 000	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)
	Verbesserung	25 000		
	Begründung	Gemäss Kreisschreiben des Kantons Zürich sind zu hohe Beträge vorgesehen		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Anträge 4) und 5)

Monika Erfigen (SVP): Anlässlich der Budgetbereinigung war der STR noch überzeugt davon, dass die neun befristeten Anstellungen von MitarbeiterInnen in einem Integrationsamt und weitere 13 Arbeitsplätze in einer sozialen Institution nicht zwingend erforderlich sind. Die entsprechenden Mittel wurden aus dem ursprünglichen Budget gestrichen. Fünf Monate später erklärt uns der STR jedoch die plötzliche Notwendigkeit dieser

Stellen, kann aber nicht genau sagen, in welchen konkreten Einrichtungen diese 22 neuen Jobs geschaffen werden sollen. Dies heisst nichts anderes, als dass die geforderten Mittel nicht für dringende, sondern nur für mögliche oder potenzielle Fälle bewilligt werden sollen. Das Kreditbegehren ist abzulehnen.

Walter Angst (AL): Die Begründung für die Ablehnung des zweiten Antrags wurde von Monika Erfigen (SVP) nicht gegeben. Dort geht es um den Zusammenschluss von verschiedenen Case-Managern und den Zusatzaufwand der IMMO sowie für OIZ-Leistungen, was die Mehrheit der RPK als sinnvollen Weg erachtet. Sicherlich ist es so, dass der STR das Budget für das Case Management der Integrations- und Sozialstellen auf ein Minimum herunterfahren wollte. Doch Invalidität und Krankheit innerhalb der Stadtverwaltung richten sich nun mal nicht nach den Budgetbeschlüssen. Auch im Jahr 2011 gab es in den verschiedensten Dienstabteilungen Fälle, bei denen ein Zuwarten kontraproduktiv gewesen wäre. Es geht schliesslich um die Schaffung von Anschlussmöglichkeiten. Der GR sollte deshalb zustimmen.

S. 3	20 2051 3011 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Finanzdepartement Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz Löhne der Teilnehmenden an Einsatzprogrammen Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	419 300 31 200 41 000 1 000	Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)
	Verbesserung	492 500		
	Begründung	Am Budgetbeschluss festhalten		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 3	20 2051 3910 0000 3913 0000	Finanzdepartement Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz Vergütung an OIZ für IT-Leistungen Vergütung an IMMO für Raumkosten		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	21 100 57 500	Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)
	Verbesserung	78 600		
	Begründung	Am Budgetbeschluss festhalten		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 3	20 2080 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Finanzdepartement Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	770 000 58 000 62 700 2 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Myriam Barzotto (SP), LuciaTozzi (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	630 000 47 500 51 300 1 700	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Monika Erfigen (SVP)
	Enthaltung			Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	162 200		
	Begründung	BORS-Team OIZ nur um zwei Stellen erweitern, Verzicht auf Neuentwicklungen Lage Zürich		

Walter Angst (AL): *Elf neue Stellen will das OIZ in diesem Sommer schaffen. Davon sind vier Arbeitsplätze für das Projekt Behörden und Organisation für Rettung und Sicherheit (BORS) vorgesehen. Die neuen Arbeitskräfte garantieren den Betrieb von Sicherheitsnetzen der Polizei sowie Schutz & Rettung Zürich und sollen später auf sieben Stellen ausgebaut werden. Wir stellen den Antrag, nur zwei Stellen zu bewilligen. Unbestritten braucht es ein Team, das einen 24-Stunden-Dienst aufrechterhält. Die Verbindung der beiden Notrufzentralen und des Sicherheitsfunks muss jederzeit gewährleistet sein. Doch die Sicherstellung der Kommunikation kann auch mit weniger Arbeitskraft bewältigt werden. Darüber hinaus soll die IT-Gruppe der OIZ Geräte der automatischen Geschwindigkeitskontrolle mit Fahndungs- und Verkehrsüberwachungstechnologie vernetzen sowie ein neues Tool für eine Videoüberwachung sämtlicher öffentlicher Gebäude mit flächendeckendem Zugriff einrichten. Die Bilder würden dabei in so unterschiedlicher Form produziert, dass man sie vereinheitlichen müsste, um sie weiterzuleiten. Die Stadt Zürich soll in ihrer Grosszügigkeit ausserdem eine Telekommunikationsinfrastruktur für die Einsatzleitungen aller kantonalen Rettungsorganisationen bei Grossereignissen bereitstellen. Zürich sollte hier keinen Vorfrontdienst leisten. Generell müssen die Investitionen in die IT auf einem Minimum gehalten werden, damit nicht Sachzwänge für*

den Einsatz von neuen Überwachungstechnologien entstehen.

Florian Utz (SP): Ich glaube nicht, dass ein 24-Stunden-Betrieb mit halbem Personal aufrechterhalten werden kann. Auch in der Diskussion des automatischen Abgleichs einer aktuellen Fahndungsliste bei einer Geschwindigkeitsübertretung, sehe ich das Problem nicht ganz. Bis eine Fahndung ausgeschrieben wird, ist schon einiges mehr passiert als zu schnelles Fahren. Wenn also bei mittelschweren Delikten eine Überprüfung gemacht werden kann, sollte bei schwereren Delikten eine automatische Prüfung erst recht möglich sein. Natürlich braucht es Grenzen bei der Datenschutzverordnung, der Datenschutzbeauftragte ist dafür besorgt, dass diese eingehalten werden,. Es ist der falsche Weg, der Polizei sämtliche Mittel vorzuenthalten, die auch sehr viele sinnvolle Entwicklungen erwirken.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 47 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 4	25 2500 3186 0000	Polizeidepartement Polizeidepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für DL Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung u. Organisationsentwicklung		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	110 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	110 000		
	Begründung	Belegungskonzept überzeugt nicht		

Theo Hauri (SVP): Für das Ausbildungszentrum Rohwiesen, das seit Jahren in den Köpfen des Polizeidepartements herumgeistert, liegt bis zum heutigen Tag weder ein Gesamtkonzept vor, noch herrscht Klarheit über die künftige Belegung. Jetzt sollen neue Ideen für eigentlich selbstverständliche Anforderungen, wie betriebliche Optimierungsmöglichkeiten und standortübergreifende Synergien von Dritten formuliert werden. Das Ausarbeiten eines Betriebs- und Raumkonzepts ist Chefsache und muss aus der praktischen Erfahrung des Betriebspersonals entstehen. Auf externe BeraterInnen mit überbissenen Honorarforderungen sollte deshalb verzichtet werden. Der sehr weit hergeholte Massnahmenkatalog der BeraterInnen und künftigen NutzerInnen überzeugt nicht. Die Minderheit lehnt die Krediterhöhung ab.

Florian Utz (SP): Bisher ging ich immer davon aus, dass die AL die polizeikritische Fraktion im GR stellt. Betrachtet man jedoch die Flut von SVP-Ablehnungsanträgen gegen

das Polizeidepartement, muss ich meine Ansicht wohl revidieren. Während das Ausbildungszentrum Rohwiesen der SVP grundsätzlich zu teuer ist, will die AL vor einer Zahlung lieber die Weisung abwarten. Für das Belegungskonzept fallen rund 0,3% vom Gesamtbetrag an. Die Ausgaben sind vertretbar, denn dank einer guten Planung kann später bei den Baukosten und eventuellen Umbauten eingespart werden. Die restlichen 99.7% des Betrags sind vor der Weisung noch nicht ausgegeben. Der Gemeinderat bleibt also in seiner Entscheidung frei. Die Zustimmung zum Belegungskonzept ist allerdings Voraussetzung dafür, dass die Weisung eingegeben wird.

Walter Angst (AL): Die SP ist immer dann für die Polizei, wenn sie an der Regierung ist. Vielleicht ist dieses Verhalten bei der SVP ähnlich. Die Projektierung Rohwiesen modert seit gut vier Jahren in der Stadtentwicklungskommission vor sich hin und soll nun finanziell wiederbelebt werden. Dabei ist der Grundsatzentscheid noch gar nicht gefällt, ob ein Polizeizentrum, mitten in den aufstrebenden Quartieren Leutschenbach und Glattpark, zum heutigen Zeitpunkt immer noch ideal ist. Das Projekt sollte also erstmal wieder vom Kopf auf die Füsse gestellt werden.

Theo Hauri (SVP): Wie wir als Oppositionspartei mit der Polizei und den übrigen Departementen umgehen, ist ganz allein unsere Sache. Wir müssen nicht darum besorgt sein, altgedienten ChefbeamtlInnen fürstlich bezahlte Stellen im Altersheim zu generieren.

Roger Liebi (SVP): Es ist unsere Aufgabe, den Sinn und die Dringlichkeit geforderter Mittel zu hinterfragen und eventuell Einsparmassnahmen vorzuschlagen. Diese Linie macht auch vor einem Polizeiapparat nicht Halt, dessen Grundorganisation sich ändern müsste.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Das Projekt Ausbildungszentrum wurde damals gestoppt, als die Idee einer gemeinsamen Polizeischule für Stadt und Kanton langsam Gestalt annahm. Das Grundkonzept musste neu ausgerichtet werden, was seine Zeit in Anspruch nahm. Mittlerweile ist klar, dass im Rohwiesen die praktische Ausbildung beider Korps gewährleistet werden soll, weshalb das Projekt vom Eis genommen und wieder in konkrete Bahnen gelenkt wird. Um jedoch ins Detail gehen zu können, benötigen wir einen Projektierungskredit. Der Standortentscheid ist indes schon längere Zeit gefallen. Schutz & Rettung Zürich sowie die Stadtpolizei belegen nicht plötzlich einen neuen Standort, sondern sind schon vor Ort. Es kann nur noch darüber abgestimmt werden, ob der grössten Rettungseinheit der Schweiz und dem viertgrössten Polizeikorps eine moderne Ausbildungsstätte zugestanden werden soll oder nicht. Ich bitte um Zustimmung, damit das Projekt entwickelt werden kann, eine Weisung vorgelegt und der Umbau an die Hand genommen wird.

Walter Angst (AL): Die Standortfrage war schon diskutabel, als das Rohwiesenprojekt erstmalig vorgestellt wurde. Die Investitionen, die getätigt werden sollen, liegen weit über dem jetzigen Buchwert. Die Wahl der Lage fällt man im Jahr 2005. Nun ist die Situation

rund um das Rohwiesen aber eine andere, weshalb eine neuerliche Prüfung angebracht wäre.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung:

STR Daniel Leupi: *Innerhalb der Stadt gibt es keinen alternativen Standort. Würde man die beiden Korps irgendwo ausserhalb unterbringen, wäre nicht nur mit höheren Kosten, sondern auch mit dem Verlust von Arbeitszeit zu rechnen.*

Niklaus Scherr (AL): *Nur weil vor Jahren einmal ein Platz definiert wurde, bedeutet dies nicht dass er unter ewigem Denkmalschutz steht. Der Wohn- und Lebensraum in der Stadt Zürich verändert sich und diese Veränderungen müssen in eine solche Planung miteinbezogen werden. Hier geht es um einen hohen Betrag, der den Standort zementiert. Die Frage, ob es in einem gerade entstehenden Quartier nicht eher eine kritische Masse an Wohnnutzungen statt eines Polizeiapparats braucht, ist deshalb gerechtfertigt.*

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 45 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Anträge 8) und 10)

Theo Hauri (SVP): *Seit der Übernahme vom Flughafenstützpunkt weisen die Verantwortlichen auf die Synergien und finanziellen Vorteile für die Stadt hin. Trotzdem fallen seither laufend grössere Aufwendungen an. Die Vernetzung der Leitzentrale gehört nach unserem Verständnis zu den Grundanforderungen einer rationellen Betriebsführung und sollte schon lange vollzogen worden sein. Der Bedarf für neue Soft- und Hardware wird nicht bestritten, sollte aber mit dem ursprünglich bewilligten Budget erhältlich sein. Die grosszügigen Reserven beinhalten viel finanziellen Spielraum. Die Minderheit bittet deshalb um ihre Unterstützung.*

Florian Utz (SP): *Schutz & Rettung Zürich, die neu im Flughafen zentralisiert wird, bildet nicht nur die Einsatzleitzentrale für den ganzen Kanton Zürich, sondern teilweise sogar noch für die Kantone Schwyz und Schaffhausen. Für diese Leistung bekommt die Stadt vom Kanton rund 7 Millionen Franken. Die Polizei wird im Amtshaus wachen und für das gesamte Stadtgebiet zuständig sein. Beide Einsatzleitzentralen sollen eine einheitliche Software bekommen, um nicht zuletzt im Unterhalt Kosten einzusparen. Eine Kürzung der im Zusatzkredit eingerechneten Reserve ist nicht sinnvoll. Wird diese vollständig aufgebraucht, führt ein neuer Zusatzkredit zu einer Verzögerung des ganzen Projekts, was eine Konventionalstrafe des Kantons zur Folge hätte.*

S. 4	25 2520 3113 0000 3189 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Anschaffungen IT-Anlagen Software Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	252 000 433 800	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	126 000 216 900	Minderheit	Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Monika Erfigen (SVP)
	Enthaltung			Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	342 900		
	Begründung	Im Projekt sind genügend Reserven einberechnet		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 31 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Anträge 9) und 11)

Theo Hauri (SVP): BORS heisst nun das neue Zauberwort im Polizeidepartement. Vier neue MitarbeiterInnen begleiten lediglich Videoüberwachungen und sind für die korrekte Sicherung und den Transport dieser Daten verantwortlich. Für die Analyse und Auswertung sind weitere Spezialisten erforderlich. Obwohl die Anforderungen an eine moderne Kommunikation gestiegen sind, müssen diese nicht automatisch mit immensen Kosten verbunden sein. Die SVP spricht sich deshalb gegen ausufernde und überbeuerte Videoüberwachungen aus und sagt Nein zur Budgetaufstockung per Nachtragskredit.

Florian Utz (SP): Über den Sinn und Zweck einer Stellenschaffung geht es hier nicht. In Antrag 6 haben wir diese neuen Positionen schon beschlossen, die jetzt über die Anträge 9 und 11 teilweise finanziert werden. Lehnen wir die Finanzierung nun ab, werden keine Stellen eingespart, dafür bleibt das Finanzdepartement auf den Kosten für die OIZ-Anstellungen sitzen. Ich bitte die Mehrheit darum, nicht nur Arbeitsplätze zu schaffen, sondern diese auch zu vergüten.

S. 4	25 2520 3910 0000	Polizeidepartement Stadtpolizei Vergütung an OIZ für IT-Leistungen		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	160 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Myriam Barzotto (SP), Lucia Tozzi (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	80 000	Minderheit	Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP)
	Enthaltung			Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP)

11 / 33

	Verbesserung	80 000		
	Begründung	BORS muss auch mit der Hälfte des Betrags möglich sein		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 41 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 5	25 2550 3113 0000 3189 0000 506200	Polizeidepartement Schutz und Rettung Anschaffungen IT-Anlagen Software Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter Anschaffungen von IT-Anlagen Hardware		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 000 000 314 200 1 919 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	800 000 264 200 1 669 000	Minderheit	Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Monika Erfigen (SVP)
	Enthaltung			Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	500 000		
	Begründung	BORS muss auch so möglich sein		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 31 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 5	25 2550 3910 0000	Polizeidepartement Schutz und Rettung Vergütung an OIZ für IT-Leistungen		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	160 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Myriam Barzotto (SP), Lucia Tozzi (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	80 000	Minderheit	Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP)
	Enthaltung			Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	80 000		
	Begründung	BORS muss auch so möglich sein		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 41 Stimmen zu, womit das Quo-

rum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 6	30 3020 3091 0000 3136 0000 3161 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Pflegezentren der Stadt Zürich Aus- und Weiterbildung des Personals Medizinische Bedürfnisse Mieten und Benutzungskosten		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	100 000 110 000 60 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	270 000		
	Begründung	Am Budgetbeschluss festhalten		

Margrit Haller (SVP): Im letzten Jahr wurden im Pflegezentrum Gehrenholz zehn Betten für PatientInnen mit chronischen Krankheiten eingerichtet. Dieses Angebot versprach nicht nur Kosteneffizienz, sondern erschien auch deshalb sinnvoll und wichtig, weil es eine bessere Umgebungsgestaltung und ebensolche Rehabilitationsmöglichkeiten für die PatientInnen ermöglichte. Im Budget 2011 wurde aber derselbe Betrag gekürzt, über den heute per Nachtragskredit abgestimmt werden soll. Damals verstand die SVP-Fraktion nicht, warum gerade bei der Abteilung für besondere Pflege eingespart wurde. Hoffte der STR, die Sparallianz würde bei einem solch emotionalen Thema gesprengt werden? Wollte man das gerade für diese Arbeit rekrutierte Personal sofort wieder entlassen und den BewohnerInnen ihren neuen Lebensraum gleich wieder entziehen? Die SVP-Fraktion wundert sich und findet, dass die Zusatzkredite abgelehnt werden sollen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die vom STR vorgeschlagene Schliessung der Abteilung für besondere Pflege ist von keiner Seite goutiert worden. Es machte damals keinen Sinn, ein neues medizinisches Angebot gleich wieder zurückzuziehen und das tut es heute ebenso wenig. Vor allem angesichts der Tatsache, dass keine wesentlichen Kosten mit einer Schliessung hätten eingespart werden können und Einnahmen dazu verloren gegangen wären. Die Mehrheit der RPK sieht den dringenden Bedarf dieser spezialisierten Abteilung und unterstützt den Zusatzkredit auch in der Hoffnung, dass das strittige Thema nun endlich beigelegt wird.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 40 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 6	30 3026 3910 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Altersheime der Stadt Zürich Vergütung an OIZ für IT-Leistungen		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	124 800		Mehrheit
				Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0		Minderheit
				Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	124 800		
	Begründung	Betrag muss departementsintern beschafft werden		

Urs Weiss (SVP): In der Rechnung 2010 belief sich der Budgetposten des Gesundheits- und Umweltdepartements auf fast 500 000 Franken. Zusammen mit den beantragten Zusatzkrediten erhöht sich die Summe auf nahezu 900 000 Franken. Diese Bedürfnisse müssen bei der Budgetierung bekannt gewesen sein. Offenbar ist die neue Stadtratsstrategie, Posten in der Budgetüberarbeitung wissentlich auszuklammern, um sie später mittels Zusatzkredit doch noch zu finanzieren.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Damit alle Altersheime Zugriff auf das SAP-System haben, sind kostspielige Lizenzen von Nöten. Man kann nicht gleichzeitig neue Anforderungen betreffend der Erfassung von Absenzen stellen und dann das benötigte Arbeitsinstrument verweigern. Die Mehrheit der RPK unterstützt den Zusatzkredit. Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 23 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 6	35 3515 3182 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Entschädigungen Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	300 000		
	Neu	0		Zustimmung
				Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Verbesserung	300 000		
	Begründung	Antrag wurde durch TED zurückgezogen		

Der Rat nimmt Kenntnis vom Rückzug des Zusatzkreditbegehrens des Stadtrats.

S. 8	40 4015 3650 0200	Hochbaudepartement Amt für Städtebau Beiträge an private Unternehmungen: Denkmalpflege		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	700 000	Mehrheit	Urs Schmid (FDP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Monika Erfigen (SVP)
	Verbesserung	700 000		
	Begründung	Kein Kauf denkmalgeschützter Liegenschaften		

Theo Hauri (SVP): In Zürich stehen viele sinnvolle und weniger sinnvolle Denkmäler. Jetzt kommt eine happige Summe für ein weiteres verwittertes Objekt dazu. Der umtriebigen Denkmalpflege schwebt für die Scheune des Frischknechthauses offenbar eine Luxussanierung vor. Bereits 2006 lehnte die SVP-Fraktion hierfür einen Kredit von 600 000 Franken ab. An ihrer Haltung, nicht in unrentable Immobilien zu investieren, hat sich nichts geändert. Der Kredit wird deshalb zur Ablehnung empfohlen.

Urs Schmid (FDP): Die im 17. Jahrhundert errichtete Scheune an der Käshaldenstrasse 24 steht, seit dem Abbruchbegehren des Eigentümers im Jahr 1990, unter Denkmalschutz. Aufgrund der Instabilität, insbesondere des Daches, musste die Stadt zehn Jahre später Notmassnahmen zur Erhaltung treffen. Da das Schutzobjekt zur begrenzten Anzahl von herausragenden Scheunen in der Stadt Zürich gehört, bitte ich um die Zustimmung des Mehrheitsantrags.

Thomas Schwendener (SVP): Schon 2006 hat man viel zu viel Geld in diesen alten Tempel investiert. Ein Gespräch mit dem Eigentümer ergab, dass man höchstens 150 000 Franken hätte in die Hand nehmen müssen, um die Scheune wiederherzustellen. Die SteuerzahlerInnen sollen wieder einmal nur reinbuttern, was nicht zu unterstützen ist.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 21 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 10	50 5010 3103 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Lehrmittel		
16)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	610 000	Mehrheit	Myriam Barzotto (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu Verbesserung 1	100 000 510 000	Minderheit 1	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)

	Begründung 1	Anschaffungen von neuen Lehrmitteln längerfristig planen		
	Neu	481 000		Minderheit
	Verbesserung 2	129 000	2	Samuel Dubno (GLP), Referent
	Begründung 2	Auf Anschaffung umstrittenes Englisch-Lehrmittel verzichten		
	Enthaltung			Walter Angst (AL)

Monika Erfigen (SVP): Mit den beantragten 610 000 Franken soll einerseits die Teuerung beim Lehrmittelverlag ausgeglichen werden, andererseits sollen neue Lehrmittel für Mathematik und Englisch angeschafft werden. Die RPK-Minderheit 1 ist aber der Auffassung, dass die Anschaffung neuer Lehrmittel langfristig zu planen und ordentlich zu budgetieren ist. Die Minderheit 1 beantragt deshalb, die Anschaffung neuer Lehrmittel per Zusatzkredit abzulehnen. Es wird eine Kürzung des Zusatzkreditbegehrens um 510 000 Franken beantragt, wodurch der Teuerung Rechnung getragen würde.

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit 2, d. h. die GLP, beantragt eine Kürzung des Zusatzkredits um 129 000 Franken. Dieser Betrag müsste für das neue Englisch-Lehrmittel «Explorers» aufgewendet werden. Das Lehrmittel ist heftig umstritten, im Kantonsrat wurden bereits Vorstösse dazu überwiesen. 129 000 Franken sind sehr viel Geld für ein umstrittenes Lehrmittel, das gemäss Aussagen von Lehrern selten und nur zurückhaltend eingesetzt wird.

Myriam Barzotto (SP): Es gibt keine Alternative zum Englisch-Lehrmittel «Explorers». Tatsächlich beurteilen sowohl die Medien als auch die Fachkreise dieses Lehrmittel kontrovers. Es ist jedoch weder Sache des Kantonsrats noch des Gemeinderates, zu beurteilen, welche Lehrmittel in der Schule angewandt werden sollen. Über dieses operative Geschäft hat vielmehr der Bildungsrat zu befinden. Selbst wenn es eine Alternative zu diesem Lehrmittel gäbe, wäre diese wohl kaum gratis zu haben. Der Zusatzkredit wurde nötig, weil vor einem Jahr die genaue Anzahl der benötigten Bücher noch nicht bekannt war. Die Begutachtung der Lehrerschaft steht derzeit noch aus, deshalb wird lediglich die jetzt minimal notwendige Anzahl Exemplare dieses Lehrmittels beschafft. Die anderen Gründe für den Zusatzkredit – sie wurden vorhin genannt: die Teuerung und die Anschaffung des neuen Mathematik-Lehrmittels – sind in der RPK mehrheitlich unbestritten, deshalb wollen wir an der beantragten Summe festhalten und auf allfällige Kürzungen verzichten.

Monika Erfigen (SVP): Es geht uns nicht um die Teuerung, sondern um die Art und Weise, wie neue Lehrmittel beschafft werden. Etwas Neues soll im Voraus seriös und langfristig geplant und ordentlich budgetiert werden.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (drei gleichgerichtete Anträge):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit (610 000) mit 71 Stimmen zu, womit die beiden Quoren (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht sind.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

S. 11	55 5500 3650 0303	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für besondere städtische Integrationsleistungen		
17)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	80 400	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)
	Verbesserung	80 400		
	Begründung	Keine Mittel für freiwillige Leistungen		

Monika Erfigen (SVP): Die SVP ist nach wie vor der Meinung, dass mit den Pflichtleistungen in Millionenhöhe der Obolus der Stadt Zürich an die Asylorganisation mehr als erfüllt ist. Sie lehnt jegliche Mittel für sogenannte besondere städtische Integrationsleistungen oder freiwillige Leistungen kategorisch ab.

Rebekka Wyler (SP): Dieser Zusatzkredit wurde bereits mit der zweiten Serie der Zusatzkredite 2010 beschlossen. Aufgrund eines Fehlers wurde er jedoch nicht ausbezahlt. Darüber wurde die RPK informiert. Deshalb wird dieser Zusatzkredit nun noch einmal beantragt, und die Mehrheit der RPK bittet auch diesmal, dem Kredit zuzustimmen. Die besonderen städtischen Integrationsleistungen, die damit finanziert werden, sind sinnvoll und finden unsere Zustimmung.

Ausstand: Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP)

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 26 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Persönliche Erklärungen:

Roger Liebi (SVP) und Daniel Meier (CVP) halten persönliche Erklärungen zum Abstimmungsverhalten der CVP und EVP zum Antrag 16.

S. 12	55 5520 3189 0000	Sozialdepartement Laufbahnenzentrum Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
18)	Anträge der RPK			

	Antrag Stadtrat	25 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Samuel Dubno (GLP)
	Verbesserung	25 000		
	Begründung	Optimierung der Homepage nicht durch Zusatzkredite realisieren		

Monika Erfigen (SVP): Das Laufbahnzentrum beantragt 25 000 Franken, um die Homepage hinsichtlich des Lehrstellen-Matchings zu optimieren. Dieses Anliegen müsste jedoch nicht mit einem Zusatzkredit realisiert werden. Die Pflege und/oder Optimierung einer Homepage ist sorgfältig und langfristig zu planen und kann ohne weiteres ordentlich budgetiert werden. Die RPK-Minderheit lehnt das Zusatzkreditbegehren ab.

Rebekka Wyler (SP): Die Lehrstellensituation hat sich zwar verbessert, was aber nicht heisst, dass man sich zurücklehnen kann, im Gegenteil: Wir müssen einen Beitrag zur weiteren Verbesserung bzw. Erhaltung der Situation leisten. Die Mehrheit der Kommission bittet Sie, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 35 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Anträge 19) und 28)

Monika Erfigen (SVP): Das Zusatzkreditbegehren von einer Million Franken für die Erstellung eines Strichplatzes an der Aargauerstrasse ist abzulehnen: Erstens wird die Weisung 2011/170 in der vorberatenden Kommission behandelt und steht kurz vor Abschluss. Das Geschäft kommt nach den Sommerferien in den Gemeinderat, ein voreiliger Zusatzkredit erübrigt sich demnach. Zweitens ist der Widerstand von Seiten der SBB und der angrenzenden Anwohner gegen das Projekt am vorgesehenen Standort gross. Ein Referendum bei Genehmigung des Geschäfts durch den Gemeinderat ist nicht ausgeschlossen. Drittens haben wir vom neuen Rechtskonsulenten des Gemeinderates erfahren, dass man nur bei Erhöhung eines bereits bestehenden Voranschlagkredits von einem Zusatzkredit sprechen darf. Für den Strichplatz an der Aargauerstrasse ist dies eindeutig nicht der Fall; das Zusatzkreditbegehren ist somit gar nicht zulässig. Die RPK-Minderheit beantragt Ihnen, das Kreditbegehren abzulehnen.

Rebekka Wyler (SP): Es ist allen bekannt, weshalb ein Strichplatz in Altstetten so schnell als möglich eingerichtet werden sollte. Die zugehörige Weisung befindet sich momentan in der Kommissionsbehandlung. Das Geld kann selbstverständlich erst ausgegeben werden, wenn die Kommission und der Rat der Weisung zugestimmt haben. Es ist aber nur transparent, dass die Gelder bereits heute beantragt werden. Die Mehrheit

folgt der Begründung der Dringlichkeit und bittet Sie, dem Zusatzkredit zuzustimmen.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die EVP enthält sich der Stimmabgabe, weil sie hinter diesen beiden Weisungen noch viele Fragezeichen sieht, z. B. im Hinblick auf den tatsächlichen Schutz der Frauen. Ob er mit den vorliegenden Weisungen erreicht werden kann, ist unklar. Ebenfalls ungeklärt sind die Arbeitsbedingungen für Prostituierte, denen der Strichplatz aus Kapazitätsgründen verwehrt bleiben wird. Es fragt sich weiter, wer überhaupt bestimmen wird, welchen Prostituierten der Strichplatz zur Verfügung steht und welchen nicht – am Ende werden es wohl die Zuhälter sein. Soll der Steuerzahler tatsächlich Zuhälter subventionieren? Einmal mehr betreibt die Stadt einen unwahrscheinlichen Betreuungsaufwand, der aus unserer Sicht nur homöopathische Wirkung erzielen wird. Die EVP findet, es müssten viel mehr gesetzliche Grundlagen, geregelte Arbeitsbedingungen sowie gültige Arbeitsverträge geschaffen bzw. ausgestaltet werden. Weiter müssten den Frauen auch Ausstiegsmöglichkeiten geboten werden. Ausserdem müsste der Kanton ins Boot geholt werden, denn Prostituierte, die in der Stadt Zürich abgewiesen werden, werden in die Agglomeration abwandern. Weiter ist fraglich, ob das Polizeidepartement das richtige Departement zur Erteilung der Bewilligungen ist; es geht in erster Linie um den Schutz und um bessere Arbeitsbedingungen für diese Frauen.

Walter Angst (AL): Wir haben den Antrag gestellt, das Geld im Rahmen einer Kreditübertragung von der Badi Letten auf die Boxen zu übertragen, nach dem Motto «Boxen statt Badi». Die beiden Weisungen zum Strichplatz und zur Prostitutionsgewerbeverordnung hätten nicht auseinandergenommen werden dürfen. Jetzt stimmen wir über den Budgetkredit ab, Ende August dann über den Verpflichtungskredit, und im Januar oder Februar, wenn die Boxen längst gekauft sind, werden wir im GR über die Prostitutionsgewerbeverordnung diskutieren, die eigentlich die Grundlage für die Umsetzung des Strichplatzes schaffen müsste. Für die AL ist dieses Vorgehen nicht nachvollziehbar und inakzeptabel.

Weil die erste Ausgabe leider bereits beschlossen wurde, ist unser Antrag obsolet geworden. Wir ziehen den Antrag zurück.

S. 13	55 5560 503101	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Erwerb u. Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto		
19)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 000 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Walter Angst (AL), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	1 000 000		
	Begründung	Keine Vorarbeiten		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 47 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Anträge 20) bis 22)

Monika Erfigen (SVP): Für die Anträge 20, 21 und 22 gilt dieselbe Begründung für die Ablehnung der Kreditübertragungsbegehren. Von der zentralen Verwaltung, vom Präsidialdepartement und von der Finanzverwaltung, wo die budgetierten Mittel offenbar nicht ausgeschöpft werden können, sollen für den Aufbau «Projektstab Stadtrat» Löhne und Personalkosten an stadtweite Projekte übertragen werden. Die RPK-Minderheit beantragt, diese Kreditübertragungsbegehren im Zusammenhang mit dem Aufbau «Projektstab Stadtrat» abzulehnen. Der Aufbau eines Projektstabs ist keine Angelegenheit, die per Zusatzkredit oder Kreditübertragungsbegehren zu realisieren ist. Übertragene Kredite dürfen nur für das ursprünglich vorgesehene Vorhaben verwendet werden resp. zwischen den Positionen der Kreditübertragungen muss ein enger sachlicher Zusammenhang bestehen. Im vorliegenden Fall trifft dies in keiner Art und Weise zu. Ich bitte Sie um Unterstützung des Ablehnungsbegehrens der RPK-Minderheit.

Samuel Dubno (GLP): Wenn der Stadtrat einen Projektstab aufbauen will, ist es sehr zu begrüssen, wenn er dies in Form einer Kreditübertragung tut und nicht mittels eines Zusatzkredits oder zusätzlicher Mittel. Es ist weiter auch zu begrüssen, dass er eine neue Stelle schafft, während er eine andere aufhebt. Für die Mehrheit der RPK ist ein enger sachlicher Zusammenhang sehr wohl gegeben. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag des Stadtrats zu unterstützen. Dies gilt auch für den Antrag 22: Für die Mehrheit der RPK ist es nachvollziehbar, dass die budgetierten Zahlen nun auf die Dienstabteilungen verteilt werden. Wir bitten Sie um Unterstützung dieses Antrags.

Walter Angst (AL): Wir stossen uns zwar an der Kreditübertragung, sind aber grundsätzlich dafür, dass der Stadtrat einen Projektstab aufbaut. In Zukunft müssten Kreditübertragungen aber besser geregelt werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Die Anträge 20, 21 und 22 betreffen alle das gleiche Thema. Es geht um eine saldoneutrale Kreditübertragung, und es werden Stellenwerte verschoben. Neue Stellen werden indes nicht geschaffen. Der Stadtrat hat Ende 2010 beschlossen, mittels Zusammenführung bestehender Stellen ein kleines Kernteam und ein Kompetenzzentrum zu schaffen, um überdepartementale Projekte zu managen. Das Kompetenzzentrum soll nicht neu aufgebaut, sondern mit bestehenden Ressourcen eingerichtet werden. Arbeiten, die in weniger geeigneten Strukturen bereits in der Vergangenheit ausgeführt wurden, sollen konzentriert werden. Nachdem der Stadtrat diese Stellenübertragung im November 2010 beschlossen hat,

muss nun der LSP-Kredit ebenfalls übertragen werden, da der aktuelle Stabschef des Präsidialdepartements in seiner neuen Funktion als Leiter des Projektstabs auch weiterhin die LSP-Gesamtkoordination wahrnehmen wird.

Der erhöhte Koordinations- und Kommunikationsaufwand wurde bisher durch den Stab des Präsidialdepartements wahrgenommen, was zur Folge hatte, dass die Kernaufgaben, die im Departementssekretariat und im Stab des Präsidialdepartements erfüllt werden sollten, litten.

Die neue Stelle wird weiterhin im Präsidialdepartement angesiedelt sein. Ein stadträtlicher Steuerungsausschuss wird die Führung dieser Projekte übernehmen. Die Ablehnung der saldoneutralen Kreditübertragung verkennt die Realitäten von grossen, komplexen Projekten. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Theo Hauri (SVP): *Ich möchte von der Stadtpräsidentin wissen, woher das Geld für die neue Stelle stammt.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Eine Kreditübertragung bedeutet, wie gesagt, nicht mehr Geld, sondern die Verschiebung von Geld von einem Konto auf ein anderes.*

S. 13	10	Behörden und Gesamtverwaltung		
	1061	Stadtweite Projekte		
	von 1500 3010 0000 3030 0000 3040 0000	PRD / Zentrale Verwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge		
von 2015 3010 0000 3030 0000 3040 0000	FD / Finanzverwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge			
nach 1061 3010 0000 3030 0000 3040 0000	BuG / Stadtweite Projekte Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge			
20)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	88 700 7 500 <u>10 300</u> 106 500	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung	Gegen Aufbau Projektstab des Stadtrats		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 43 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 13	10	Behörden und Gesamtverwaltung Stadtweite Projekte		
	1061			
	von 1500 3099 0000 3170 0000 3180 0000 3913 0000	PRD / Zentrale Verwaltung Übriger Personalaufwand Reise- u. Spesenentschädigungen des Personals Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter Vergütung an IMMO für Raumkosten		
	nach 1061 3099 0000 3170 0000 3180 0000 3913 0000	BuG / Stadtweite Projekte Übriger Personalaufwand Reise- u. Spesenentschädigungen des Personals Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter Vergütung an IMMO für Raumkosten		
21)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 000 2 500 5 000 <u>12 000</u> 21 500	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung	Gegen Aufbau Projektstab des Stadtrats		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 43 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 14	10 1061	Behörden und Gesamtverwaltung Stadtweite Projekte		
	von 1060 3186 0810 3186 0820 nach 1061 3186 0810 3186 0820	Gesamtverwaltung Entschädigungen für DL Dritter im Zusammenhang mit den Legislatorschwerpunkten: Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation Entschädigungen für DL Dritter im Zusammenhang mit den Legislatorschwerpunkten: Projektumsetzung Stadtweite Projekte Entschädigungen für DL Dritter im Zusammenhang mit den Legislatorschwerpunkten: Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation Entschädigungen für DL Dritter im Zusammenhang mit den Legislatorschwerpunkten: Projektumsetzung		
22)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	500 000 <u>1 000 000</u> 1 500 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung	Gegen Aufbau Projektstab des Stadtrats		

Monika Erfigen (SVP): Bei solchen Kreditübertragungen von „saldoneutral“ zu sprechen ist eine Augenwischerei. Natürlich handelt es sich per Definition um saldoneutrale Übertragungen. Im Falle einer Ablehnung der Kreditübertragung würde das Geld aber nicht ausgegeben, sondern auf dem ursprünglichen Konto bestehen bleiben. Offenbar muss dieses aber „auf Teufel komm raus“ ausgegeben werden, so dass nun solche Kreditübertragungen beantragt werden.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 43 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 14	15 1500	Präsidialdepartement Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung
	von 1025 3010 0000 3030 0000	BuG / Rechtskonsulent Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge

	3040 0000 von 1501 3010 0000 3030 0000 3040 0000 nach 1500 3010 0000 3030 0000 3040 0000			Personalversicherungsbeiträge PRD / Kultur Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge PRD Zentrale Verwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge
23)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	44 400 3 100 4 000 51 500	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung	Keine eigene Departementsjuristin		

Monika Erfigen (SVP): Bei diesem Antrag sollen u. a. die beim Rechtskonsulenten nicht benötigten Mittel an die Zentrale Verwaltung für die Funktion der Departementsjuristin übertragen werden. Auch hier handelt es sich um Geld, welches am ursprünglichen Ort nicht benötigt wurde und deshalb irgendwo anders ausgegeben werden möchte. Die RPK-Minderheit beantragt, diese Kreditübertragung abzulehnen.

Samuel Dubno (GLP): Es handelt sich hier nicht um eine neue Stelle, sondern um eine bereits vorhandene. Die Funktion des Departementsjuristen wurde allerdings bisher vom stellvertretenden Direktor der Abteilung Kultur wahrgenommen, der inzwischen pensioniert wurde. Da diese Funktion nun übertragen werden soll, müssen auch die entsprechenden Mittel übertragen werden. Es ist zu begrüssen, dass dafür nicht benötigte Gelder verschoben werden sollen. Die Mehrheit der RPK bittet deshalb um Unterstützung des Antrags des Stadtrats.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 41 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 15	15 1501 von 3652 0000 nach 3180 0000	Präsidialdepartement Kultur Kulturförderungsbeiträge Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter
24)	Anträge der RPK	

	Antrag Stadtrat	200 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung	Nicht geplantes Projekt		

Monika Erfigen (SVP): Bei dieser „saldoneutralen“ Kreditübertragung sollen nicht benötigte, zu üppig budgetierte Kulturförderungsbeiträge für eine zweite Ausstellung im Stadthaus auf das Konto Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter übertragen werden. Die RPK-Minderheit ist der Meinung, dass nicht alle Mittel, die irgendwo nicht gebraucht werden, unbedingt an einem anderen Ort ausgegeben werden müssen. Sie lehnt das Kreditübertragungsbegehren für dieses neue und unvorhergesehene Projekt ab.

Samuel Dubno (GLP): Diese zweite Ausstellung ist schon sehr lange geplant und diverse Verpflichtungen wurde bereits eingegangen. Eine Ablehnung dieser Kreditübertragung wäre nach Auffassung der RPK-Mehrheit nicht statthaft. Sie würde auch gegen Treu und Glauben gegenüber den Partnern verstossen, mit welchen bereits Verhandlungen stattgefunden haben. Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Kreditübertragung.

Mauro Tuena (SVP): Wenn die Ausstellung schon lange geplant ist und man bereits Verpflichtungen eingegangen ist, weshalb wurden die Mittel dann nicht im ordentlichen Budget eingestellt? Ich möchte von der Stadtpräsidentin wissen, wie der genaue Sachverhalt aussieht.

Roger Liebi (SVP): Offenbar waren diese Mittel ursprünglich für ein ganz anderes Projekt vorgesehen. Die Budgetarbeit wird obsolet, wenn bereits Verpflichtungen eingegangen werden, die sowieso unveränderbar sind. Ich möchte wissen, weshalb bereits welche Verträge abgeschlossen wurden und warum der Gemeinderat nicht darüber informiert wurde.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Die Organisation von solchen Ausstellungen benötigt einen Vorlauf von mindestens zwei Jahren. Diese zweite Ausstellung nach der Neueröffnung des Stadthauses im November 2010 wurde noch vom früheren Kulturdirektor initiiert und auf dem Konto 3652 Kulturförderungsbeiträge budgetiert. Diese Mittel sollen nun mit der beantragten Kreditübertragung auf das Konto 3180 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter überführt werden, wobei sich nur die Art der Ausgabe, aber nicht deren Verwendungszweck ändert. Es handelt sich um die Ausstellung «Ostkirchen», die gegen Jahresende gezeigt werden wird.

Monika Erfigen (SVP): Ich wünsche für ein nächstes Mal eine eindeutige Begründung

mit der Kreditübertragung. Der Vermerk, dass es sich um ein neues, nicht geplantes Projekt handelt, ist irreführend.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 42 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 16	25 2506 von 3910 0000 nach 3189 0000	Polizeidepartement Blaue Zonen Vergütung an OIZ für IT-Leistungen Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
25)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	30 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Enthaltung			Walter Angst (AL)
	Begründung	Kein Infobedürfnis		

Kurt Hüssy (SVP): Wir brauchen keine Ordnungsbussenstatistik. Wir sind uns bewusst, dass in der Stadt Zürich alles unternommen wird, um die Bürger und Autofahrer zu ärgern und wenn immer möglich sofort zu büssen. Mit einem ausführlichen Bussen-katalog und einem Heer von Kontrollbeamten wird täglich Jagd auf Automobilisten unternommen. Das Ganze noch genau auszuwerten, ist nicht nötig. Wir haben weder Geld noch Interesse für solche Aktionen.

Florian Utz (SP): Die Mittel werden für eine Software verwendet, die u. a. eine statistische Auswertung von Ordnungsbussen ermöglichen wird. Bisher musste das Polizeidepartement die Daten für die Beantwortung entsprechender Anfragen der Medien oder der Politik manuell auswerten. Durch den Einsatz einer neuen, computergestützten Lösung werden weniger personelle Ressourcen benötigt, und der Zeitaufwand wird deutlich verringert. Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass die 30 000 Franken relativ bald amortisiert sein werden. Persönlich überrascht mich der Streichungsantrag der Kommissionsminderheit, da die Übertragung vom Konto 3910 auf 3189 „weniger Staat dafür mehr Privat“ bedeutet. Die Mehrheit der RPK bittet um Zustimmung zur Kreditübertragung.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 40 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 16	25 2555 von 3182 0000 nach 3160 0000	Polizeidepartement Dienstabteilung Verkehr Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter Miete und Pacht von Liegenschaften		
26)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	15 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Monika Erfigen (SVP)
	Begründung	Bisherige schwarze Pfosten verwenden		

Theo Hauri (SVP): Der Steuerzahler und Autofahrer hat für die durch die historischen Inselschutzpfosten verursachten Umtriebe und für die komplizierte Lagerung dieser Unikate kein Verständnis. Die Kosten zur Aufrüstung dieser anachronischen Guss-Sonderanfertigung stehen in keinem Verhältnis mehr zum praktischen Nutzen. Es ist an der Zeit, endgültig auf die bewährten schwarz-gelben Inselschutzpfosten umzusteigen. Auch hier gilt es aber, das Sparpotenzial konsequent wahrzunehmen. Die Lagerkapazität an der Duttweilerstrasse könnte mit Sicherheit sinnvoller genutzt werden. Die SVP-Fraktion beantragt die Totalstreichung des Zusatzkredits.

Florian Utz (SP): Heute haben wir in der Innenstadt die blau-weissen und in den Ausenquartieren die schwarz-gelben Inselschutzpfosten. Der Stadtrat möchte dies weiterhin so handhaben und darum die momentan überzähligen blau-weissen Inselschutzpfosten, die ja nicht mehr hergestellt werden, für die 15 000 Franken dieser Kreditübertragung zwischenlagern. Die SVP hingegen möchte die blau-weissen Pfosten entsorgen und auch in der Innenstadt die schwarz-gelben Pfosten einsetzen. Aus zwei Gründen folgt die RPK-Mehrheit der Ansicht des Stadtrats: Erstens sind wir der Meinung, dass die blau-weissen Inselschutzpfosten in's historisch gewachsene Altstadtbild passen und auch weiterhin ihren Platz bekommen sollen. Zweitens gehört hinter das erwähnte Sparpotenzial ein grosses Fragezeichen, denn die blau-weissen Pfosten sind ja bereits vorhanden. Es dürfte kaum billiger sein, bereits vorhandenes Material zu entsorgen und neues zu kaufen, als die vorhandenen Sachen weiterhin zu nutzen. Die Mehrheit bittet um Zustimmung.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 24 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 17	25 2555 von 3910 0000 nach 3189 0000	Polizeidepartement Dienstabteilung Verkehr Vergütung an OIZ für IT-Leistungen Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
27)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	150 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Rebekka Wyler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung	Aufgrund der erhaltenen Antworten vom Potenzial der neuen Methoden nicht überzeugt		

Kurt Hüsey (SVP): Es sollen zusätzliche 150 000 Franken für eine Verkehrssimulation eingesetzt werden, konkret für IT-Leistungen Dritter. Mit solchen Tools wird der Verkehrsfluss aber nicht verbessert; vielmehr werden sie so eingesetzt, dass es zu Stau kommt. Seit Jahren fliesst der Verkehr in der Stadt Zürich nicht mehr. Mit x-Millionen Franken wird aber auch alles dafür getan, dass der Verkehr zusammenbricht. Dies kostet unsere Wirtschaft eine Menge Geld und Arbeitsplätze und schadet der Lebensqualität. Zur Abwechslung könnte Geld statt umgewidmet auch mal eingespart werden. Wir haben kein Geld für solche Spielsachen.

Florian Utz (SP): Würden die 150 000 Franken für die Weiterentwicklung der computer-gestützten Verkehrssimulation gestrichen, hätte dies zur Folge, dass man mehr Feldversuche machen müsste. Diese verursachen, zumindest in gewissen Fällen, finanzielle Mehrkosten, weil dafür oft Umbauten nötig werden. Stellt sich die geplante Verkehrs-massnahme als nicht praktikabel heraus, ärgert man sich hinterher über das für den Feldversuch aufgewendete und somit verlorene Geld. Am Computer würden Fehlüberlegungen frühzeitig auffliegen; auf Feldversuche, die negative Auswirkungen auf die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer hätten, kann man im Voraus verzichten. Aus diesen Gründen ist die Mehrheit der RPK der Meinung, dass die Kreditübertragung sinnvoll ist, und bittet deshalb um Zustimmung.

Mauro Tuena (SVP): Solche Kredite werden in der Stadt Zürich dazu missbraucht, auszuhecken, wie die Autofahrer möglichst behindert werden könnten. Sogar ausländische Medienschaffende wurden in letzter Zeit auf diese Tatsache aufmerksam – siehe New York Times. Die RPK-Minderheit stimmt der Kreditübertragung nicht zu, weil damit einmal mehr zum Verkehrsstau in der Stadt Zürich beigetragen würde.

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 35 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 13	55 5560 503101	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Erwerb u. Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto		
	von 40 / 4040 500409	HBD / Immobilien-Bewirtschaftung Flussbad oberer Letten: Instandsetzung		
	nach 50 / 5560 503101	SD / Soziale Einrichtungen und Betriebe Erwerb u. Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto		
28)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	0	Mehrheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian
	Neu	1 000 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent
	Begründung	Boxen statt Badi		

Walter Angst (AL) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Anträge 29) bis 31)

Monika Erfigen (SVP): Für die Anträge 29, 30 und 31 gilt dieselbe Begründung. Mit dem Budgetbeschluss vom Januar war der Gesamtstadtrat der Meinung, dass für die Werbekosten für die Velogant, die ab 2011 durch die Velowerkstatt durchgeführt wird, 6 000 Franken nicht benötigt werden, und dass der einmalige Mehraufwand wegen der Zusammenlegung der metallbearbeitenden Werkstätten 40 000 Franken weniger kostet. Auch der Mehraufwand für die Mittagsverpflegung von Klienten in den Arbeits- und Treffpunkten ist mit 40 000 Franken weniger zu bewältigen. Weil in der Zwischenzeit aber da und dort Positionen, die sich gar nicht ausschöpfen lassen, gefunden werden konnten, beantragt der Stadtrat nun diese drei Kreditübertragungen. Zwischen den Positionen der einzelnen Kreditübertragungen besteht aber nicht ansatzweise ein Zusammenhang. Die RPK-Minderheit beantragt deshalb die Ablehnung der Kreditübertragungsbegehren 29, 30 und 31.

Rebekka Wyler (SP): Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass diese Verschiebungen gerechtfertigt sind. Es geht um gut begründete und sinnvolle Projekte, wie z. B. die Velogant oder Projekte im Bereich Arbeitsintegration. Wir stimmen allen drei Anträgen zu.

S. 21	55 5560 von 3186 0000 nach 3107 0000	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Entschädigungen für DL Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit		
29)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	6 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung	Am Budgetbeschluss festhalten		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 43 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 21	55 5560 von 3136 0000 nach 3143 0000 3156 0000	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Medizinische Bedürfnisse Unterhalt u. Reinigung gemietete Liegensch. Unterhalt medizinische Geräte		
30)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	48 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung	Am Budgetbeschluss festhalten		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 41 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

S. 21	55 5560 von 3135 0000 nach 3171 0000	Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Lebensmittel Auslagen für Veranstaltungen, Reisen, Lager		
31)	Anträge der RPK			

	Antrag Stadtrat	40 000	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Begründung	Am Budgetbeschluss festhalten		

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 41 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Theo Hauri (SVP): *Trotz des eindeutig formulierten Sparauftrags durch die bürgerliche Mehrheit wartet der Stadtrat wieder mit einem Supplement von über 30 Mio. Franken oder fast 15 Prozent Mehrausgaben auf. Schon wieder wird der Aufbau eines echt verdienten Eigenkapitals sträflich vernachlässigt. Die Exekutive und die Parlamentsmehrheit sind weiterhin nicht daran interessiert, das unbekümmerte und verantwortungslose Aufgabewachstum endlich wirkungsvoll einzudämmen. Die Notwendigkeit für die zusätzlichen Begehrlichkeiten ist mehrheitlich nicht gegeben. Die EU-Pleite zeigt auf, wohin eine schuldengetriebene Finanzpolitik unweigerlich führt. Mit diesem sorglosen Durchwinken der Zusatzkredite wird eine weitere Gelegenheit verpasst, das Eigenkapital markant aufzustocken. Von einer tugendhaften Finanz- und Sparpolitik haben sich der Stadtrat und die Parlamentsmehrheit endgültig verabschiedet. Die SVP lehnt die Weisung Zusatzkredite I. Serie 2011 ab.*

Walter Angst (AL): *Der atemberaubende Salto mortale der Grünen, die nach dem erfolgreichen Lobbying von Stadtrat Daniel Leupi dem Ausbau der Infrastruktur für die Überwachungstechnologie zum Durchbruch verholfen haben, zwingt uns, bei der Schlussabstimmung von der Mehrheit zur Minderheit überzulaufen.*

Mauro Tuena (SVP): *Ich bin enttäuscht von den Kollegen der FDP, EVP, CVP und GLP, die vor nicht allzu langer Zeit noch den Willen zu einem ausgeglichenen Budget und zum Sparen geäußert haben. Es wurde damals auch davon gesprochen, das Budget im Sinne des Stadtrats akzeptieren zu wollen. Es gibt natürlich gewisse Gründe für Zusatzkredite, in den zur Diskussion stehenden Zusatzkrediten sind aber Sachen vertreten, die weder dringlich noch nötig, sondern allenfalls wünschenswert sind. Mit den Zusatzkrediten hat der Stadtrat rückgängig gemacht, was er in der Budgetdebatte unter grossem Getöse eingespart hat. Die SVP kann diese Art von Politik, die sich bestimmt rächen wird, nicht mittragen.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Vorlage.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Vorlage.

Mehrheit: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Lucia Tozzi (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Monika Erfigen (SVP)

Abstimmung mit Ausgabenbremse (Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b GO):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 29 Stimmen zu, womit das Quorum (63 Ja-Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder) erreicht ist.

Damit ist beschlossen:

- A. Für das Jahr 2011 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

1. Zusatzkredite		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	450 000	0	450 000
15	Präsidialdepartement	51 200	0	51 200
20	Finanzdepartement	1 533 800	0	1 533 800
25	Polizeidepartement	3 755 000	1 919 000	5 674 000
30	Gesundheits- und Umweltdepartement	394 800	0	394 800
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	109 000	0	109 000
40	Hochbaudepartement	2 575 000	0	2 575 000
45	Departement der Industriellen Betriebe	0	10 240 000	10 240 000
50	Schul- und Sportdepartement	11 085 000	0	11 085 000
55	Sozialdepartement	1 102 400	1 000 000	2 102 400
Total Verwaltungsrechnung		21 056 200	13 159 000	34 215 200

2. Kreditübertragungen		Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
10	Behörden und Gesamtverwaltung	1 628 000	0	1 628 000
		-1 531 900	0	-1 531 900
15	Präsidialdepartement	975 000	0	975 000
		-1 032 900	0	-1 032 900
20	Finanzdepartement	0	0	0
		-38 200	0	-38 200
25	Polizeidepartement	195 000	0	195 000
		-195 000	0	-195 000

30	Gesundheits- und Umweltdepartement	232 900 -232 900	0 0	232 900 -232 900
35	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	314 000 -314 000	0 0	314 000 -314 000
40	Hochbaudepartement	65 000 -65 000	500 000 -500 000	565 000 -565 000
45	Departement der Industriellen Betriebe	0 0	15 000 000 -15 000 000	15 000 000 -15 000 000
50	Schul- und Sportdepartement	380 100 -380 100	0 0	380 100 -380 100
55	Sozialdepartement	275 600 -275 600	0 0	275 600 -275 600
Total Verwaltungsrechnung		4 065 600 -4 065 600	15 500 000 -15 500 000	19 565 600 -19 565 600

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Fr.	Fr.	Fr.
a) in der Laufenden Rechnung			
- den Zusatzkrediten von	21 056 200		
- den Kreditübertragungen von	4 065 600	25 121 800	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- durch verursachte Minderaufwendungen aus den die Kreditübertragungen von	4 065 600		
- durch Minderaufwendungen/Mehrerträge aus den Zusatzkrediten von	1 761 100	<u>5 826 700</u>	
sodass sich Netto-Mehraufwendungen ergeben von			19 295 100
b) in der Investitionsrechnung			
- den Zusatzkrediten von	13 159 000		
- den Kreditübertragungen von	15 500 000	28 659 000	
auf anderen Konten gegenüberstehen:			
- verursachte Minderausgaben durch die Kreditübertragungen von	15 500 000		
- durch Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	0	<u>15 500 000</u>	
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von			13 159 000
und somit die gesamtstädtische Rechnung insgesamt belastet wird mit netto			32 454 100

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. Juli 2010 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

33 / 33

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat